

26.11.2010



 Verschlafen: Ein Teilnehmer des Kopenhagen-Gipfels nimmt sich eine Auszeit  
Foto: reuters

Essay zur Klimapolitik

## Wacht endlich auf!

von Roger Pielke Jr.

Die Klimadiplomatie steckt fest, auch der Gipfel in Cancún wird nur Zeitverschwendung sein. Die Politik braucht einen neuen Lösungsansatz: Es muss Geld her für den ganz großen Innovationsschub.

Jetzt also Cancún. Nach dem katastrophalen Ausgang des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 soll das bevorstehende Treffen in Mexiko den Neuanfang bringen.

Kopenhagen hatte mit extrem hohen Erwartungen begonnen und endete schließlich in Durcheinander und Verbitterung. Viele haben seither versucht, die Ergebnisse so gut es ging schönzureden. Doch das hat offenbar nicht geklappt, denn vor Cancún tauchen dieselben alten Konfliktlinien nun erneut auf. Ist die Rettung des Weltklimas damit endgültig gescheitert?

Nein, ein neuer Ansatz ist nicht nur möglich, in einigen Ländern zeichnet er sich bereits ab. Weg von der einseitigen Fixierung auf Treibhausgase, hin zu einer Einbeziehung der wirtschaftlichen und politischen Realitäten: Die Welt verlangt nach kostengünstiger, sicherer und leicht zugänglicher Energie. Deutschland kann bei dem neuen Ansatz die Vorreiterrolle spielen.

### MEHR ZUM THEMA:

Alte Heizungsanlagen gefährden Klimaziele →

Top-Entscheider zweifeln an den Ursachen des Klimawandels →

Geoengineering Weltklima selbstgemacht →

Um zu verstehen, was sich ändern muss, müssen wir erst einmal begreifen, in welcher Ausgangslage wir uns eigentlich befinden. Im August dieses Jahres hielt Yu Qingtai eine Rede an der Universität Peking. Yu, bis zum Ende des Kopenhagen-Gipfels Chinas Chefunterhändler in Klimafragen, fand ungewöhnlich deutliche Worte: "Wir können nicht blind akzeptieren, dass Klimaschutz im gemeinsamen Interesse der Menschheit liegt - die nationalen Interessen sollten an erster Stelle stehen." Und: "Ich kann nicht akzeptieren, dass jemand aus einem Industrieland ein größeres Recht auf Energieverbrauch hat als ich. Wir sind alle gleich, das ist keine leere Phrase. Die Amerikaner haben keinerlei Recht, den Chinesen zu sagen, dass sie nur ein Fünftel so viel Energie verbrauchen dürfen wie die Amerikaner selbst. Wir wollen die Welt nicht so stark verschmutzen wie die Amerikaner, aber wir haben das Recht, ein besseres Leben anzustreben."

Klarer kann eine Absage nicht formuliert sein. Die Führungen Chinas und Indiens weigern sich konsequent, jegliche Verpflichtung zum Abbau von Emissionen einzugehen. Wer angesichts dessen unbeirrt zum Handeln aufruft, sitzt dem Irrtum auf, dass man einfach nur lange genug appellieren muss, um seine Vorstellungen durchzusetzen. Wie die Dänin Connie Hedegaard, die den Kopenhagen-Gipfel leitete und jetzt EU-Klimakommissarin ist und nach deren Ansicht China und andere Schwellenländer Maßnahmen eben hinnehmen müssen, "auch wenn es nicht gerecht ist".

In seiner Rede vom August reagierte Yu Qingtai sehr heftig auf solche Argumente: "In Indien leben 600 Millionen Menschen ohne Elektrizität. Das Land muss sich entwickeln und diesen Bedarf befriedigen. Und wenn dadurch die Emissionen steigen, sage ich: Na und? Die Menschen haben das Recht auf ein besseres Leben." Wohl aus demselben Grund äußerte Indiens Premier Manmohan Singh im Vorfeld Kopenhagens, "Entwicklungsländer können und werden in der Frage der Entwicklung keine Kompromisse eingehen."

Die Realität, an der niemand vorbeikommt: Politiker und Wähler wollen weiteres Wirtschaftswachstum, sie wollen Armut überwinden und besseren Zugang zu Energie. Reduktionsziele bei den Emissionen lassen sich also nur erreichen, wenn sie nicht als Gefahr für das Wachstum und vor allem die Versorgung mit Energie angesehen werden.

Das haben die Klimapolitiker noch immer nicht begriffen. Nach Cancún reisen sie nun wieder mit starren Verhandlungspositionen. Die EU will ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll, aber

nur dann, wenn sich die Entwicklungsländer verbindlich festlegen. Brasilien, Südafrika, Indien, China und andere Schwellenländer haben erneut bekräftigt, dass sie keine bindenden Zusagen zur Emissionsminderung machen. Überraschend ist nur, dass einige nach wie vor glauben, es könne diesmal mehr als ein Patt herauskommen.

Wer den gordischen Knoten durchschlagen will, der muss verstehen, dass sich nicht nur die Entwicklungsländer sperren, ihr Wirtschaftswachstum für geringere Emissionen zu opfern. Die USA denken da nicht viel anders. Als US-Präsident Barack Obama Anfang 2009 Steven Chu als Energieminister nominierte, wurde der im Kongress zum Thema Benzinpreise befragt. Chu hatte früher einmal gesagt, die Preise in den USA müssten auf europäisches Niveau angehoben werden, also um das Doppelte bis Vierfache. Im Kongress ruderte Chu dann sofort zurück: "Die amerikanische Familie will nicht, dass ein wachsender Teil ihres Haushaltsbudgets, ihrer wertvollen Dollar, für Energie aufgewendet werden muss - sei es für Transport, sei es für Heizung oder Licht im Haus."

Obama hat das Ziel vorgegeben, die Treibhausgasemissionen der USA bis zum Jahr 2020 um 17 Prozent zu senken. Um gleichzeitig das der Budgetplanung zugrunde liegende moderate Wirtschaftswachstum zu erreichen, müssten die USA jede Menge fossiler Brennstoffe ersetzen - etwa im Umfang von mehr als 300 Kernkraftwerken.

Ganz gleich welches Szenario man unterstellt - es ist schlicht unrealistisch, bis 2020 derart viel CO<sub>2</sub>-freie Energie zu erzeugen. Die gescheiterten Pläne für einen amerikanischen Emissionshandel enthielten deshalb eine Vielzahl von Mechanismen, die eine Deckelung der Emissionen umgangen hätten.

An vorderster Front der Bemühungen, CO<sub>2</sub>-Emissionen mit einem Preis zu belegen, steht seit jeher Deutschland. Trotz der 1998 eingeführten Ökosteuer sank die CO<sub>2</sub>-Intensität der deutschen Wirtschaft aber zwischen 1998 und 2008 nur um 18 Prozent. In den USA schrumpfte der Ausstoß je Einheit Bruttoinlandsprodukt auch ganz ohne Ökosteuer um 19 Prozent. Das heißt: Die finanzielle Belastung von CO<sub>2</sub>-Emissionen hat die Dekarbonisierung der Wirtschaft offenbar kaum beschleunigt.

Ein neuer Ansatz muss her. Wir müssen die Idee, CO<sub>2</sub> mit einem Preisschild zu versehen, nicht komplett verwerfen. Wir sollten aber anders herangehen. Bislang wurde versucht, Innovationen durch eine Verteuerung fossiler Brennstoffe anzuschieben. Eine Alternative wäre es, saubere Energie billiger zu machen.

Deutschland ist in dieser Hinsicht international führend, insbesondere mit dem jüngst nach heftigem Streit beschlossenen Gesetz zur Laufzeitverlängerung der Atomreaktoren. Die neue Brennelementesteuer und zusätzliche Zahlungen der Betreiber dürften dem Fiskus bis zu 30 Mrd. Euro einbringen. Mittel, die in die Erforschung sauberer Energiequellen und größerer Energieeffizienz fließen sollen.

Damit hat sich Deutschland entschieden, die heutige Energieversorgung preislich zu belasten, um in die künftige Energieversorgung investieren zu können. Das langfristige Ziel ist, sich bis Mitte des Jahrhunderts vollständig von fossilen Brennstoffen und Atomstrom abzunabeln. Ein Ansatz, der viel direkter auf Innovationen abzielt als der Emissionshandel oder die unmittelbare Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Die Nuklearpolitik der Koalition ist umstritten. Der Ansatz, über eine Energiesteuer heute eine Brücke in die Zukunft zu bauen, ist aber grundsätzlich richtig. Er hat das Potenzial, der internationalen Klimadebatte eine neue, produktive Richtung zu geben.

Denn Deutschland ist mit seinem Vorhaben nicht allein. Vergangenes Jahr führte die indische Regierung eine niedrige Steuer auf Kohle ein. Die Einnahmen sollen in erneuerbare Energien fließen. Die Abgabe, die im ersten Jahr 535 Mio. Dollar erbringen dürfte, könnte Indien helfen, eigene umweltfreundliche Energietechnologien zu entwickeln.

Den Indern geht es gar nicht so sehr um Klimapolitik. Sondern vielmehr darum, die Energienachfrage in ihrem Land zu befriedigen. In Indien haben Hunderte Millionen Menschen noch nicht einmal Zugang zu elementarsten Energiequellen. Nun wird eine Energiebrücke auf Kohle gebaut.

Hat ein solcher Ansatz das Zeug, die Klimaverhandlungen voranzubringen?

Man stelle sich vor, die Staaten kämen mit dem Ziel nach Cancún, eine einzige Zahl auszuhandeln: einen CO<sub>2</sub>-Preis. Könnte man sich auf diesen Preis einigen, wäre der nächste Schritt eine Einigung darüber, was mit dem eingesammelten Geld konkret passiert, wohin es fließen soll.

Eine CO<sub>2</sub>-Steuer in Höhe von 5 Euro pro Tonne oder eine Ölsteuer in Höhe von 3 Euro pro Barrel würde jährlich jeweils rund 100 Mrd. Euro weltweit einbringen. Ein Teil dieser Mittel könnte in

Ländern wie Indien in den Ausbau der Infrastruktur fließen. Dies würde den Zugang zu Energie verbessern und die Kosten wegen der Größenvorteile senken. Ein weiterer Teil des Geldes könnte in die Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien investiert werden.

Der Zweck einer moderaten CO<sub>2</sub>-Steuer besteht nicht darin, das Verhalten von Verbrauchern und Produzenten zu verändern, das Wirtschaftswachstum einzuschränken oder fossile Brennstoffe teurer zu machen als alternative Energien. Das Ziel ist einzig und allein, Geld für Innovationen einzusammeln. In dem Maße, wie solche Innovationen fossile Brennstoffe verdrängen, würde dann wahrscheinlich auch der CO<sub>2</sub>-Preis erhöht werden.

Kritiker werden einwenden, dass es keine Garantie dafür gibt, dass die Emissionen tatsächlich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt sinken. Doch diese Garantie gibt es auch jetzt schon nicht. Der Versuch, den Ländern Reduktionsquoten aufzuerlegen, schafft nur eine Illusion von Gewissheit. Wirklich sicher war in der Vergangenheit lediglich, dass die Emissionen weiter steigen.

Die unbequeme Wahrheit ist, dass keiner weiß, wie die Welt in den kommenden Jahrzehnten den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids um 80 Prozent oder sogar mehr senken soll. Wir wissen allerdings genug, um erste, richtige Schritte in diese Richtung einzuleiten. Für diese Schritte brauchen wir nun endlich ein pragmatisches Konzept, das vor allem den Schwellenländern die Zukunft nicht verbaut und die Möglichkeit lässt, ihren Wohlstand zu mehren.

*Roger Pielke Jr. ist Professor of Environmental Studies am Center for Science and Technology Policy Research der University of Colorado, Boulder. Sein neues Buch "The Climate Fix: What Scientists and Politicians Won't Tell You About Global Warming" ist im Oktober erschienen.*

**Weiter: Klimaziele dürfen nicht als Wachstumshemmer gesehen werden →**